

Statement zur Konjkturumfrage Herbst 2019

DIHK-Präsident Eric Schweitzer

Seit der Finanzkrise 2008/2009 hat der DIHK von den Unternehmen nicht mehr so pessimistische Antworten bekommen. In normalen Zeiten haben wir eigentlich ein durchschnittliches Exportwachstum von 5,5 Prozent. Für 2020 rechnen wir bei den Ausfuhren mit Stagnation – eigentlich eher etwas schlechter (minus 0,5 Prozent). Für unsere Volkswirtschaft, mit ihrem starken Industriekern, ist das eine riesige Herausforderung. Dies gilt umso mehr, als derzeit eine Gemengelage entsteht, die einerseits geprägt ist von einer normalen konjunkturellen Abkühlung. Zu der andererseits Faktoren hinzukommen, die technologisch und politisch bedingt sind.

Insgesamt erwartet der DIHK für 2019 ein BIP-Wachstum von 0,4 Prozent, nachdem wir im letzten Herbst mit 1,7 Prozent aus damaliger Sicht schon zurückhaltend gestartet sind. Dank sogenannter Kalendereffekte (4 Arbeitstage mehr) könnte es im nächsten Jahr für ein Wachstum von 0,5 Prozent reichen. Gerne würden wir uns in die Reihe derer einreihen, die optimistischer sind. Die Einschätzungen von 28.000 Unternehmen liefern uns dafür aber leider keine Argumente.

Gerade in der Industrie verschlechtern sich die Lage und die Erwartungen erheblich. Mittlerweile trifft der außenwirtschaftliche Gegenwind die Breite der Industrie. Infolgedessen schwächt auch zunehmend die Inlandsnachfrage. Die Abkühlung hinterlässt nunmehr auch sichtbare Spuren bei industrienahen Dienstleistern und Großhändlern. Zu den Nachfragesorgen für die Unternehmen gesellen sich Unsicherheiten aufgrund wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen am heimischen Standort. Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Klima- und Energiepolitik.

Immerhin blicken der Einzelhandel und der Tourismus weiterhin auf stabile Geschäfte. Beide Branchen profitieren vom bis dato stabilen Binnenkonsum. Im Auslandsgeschäft sorgen hingegen wachsender Protektionismus auf zahlreichen Märkten, eskalierende Handelskonflikte und der Brexit für sehr schwache Geschäftserwartungen. Der Saldo der Exporterwartungen rutscht deutlich in den negativen Bereich. So niedrig war der Wert, mit Ausnahme der Finanzkrise, zuletzt 1993. Fast jedes zweite Exportunternehmen bezeichnet mittlerweile die schleppende Inlandsnachfrage als Risiko für die künftige Geschäftsentwicklung.

Die trüben Exportaussichten und die greifbare Verunsicherung in vielen Branchen schlagen sich immer mehr in den Planungen der Betriebe hierzulande nieder. So sinken die Investitions- und Beschäftigungsabsichten der Unternehmen zum fünften Mal in Folge. TOP-Geschäftsrisiko für die Unternehmen bleibt der Fachkräftemangel – trotz nachlassender konjunktureller Dynamik.

Insgesamt zeigt sich bei der Wirtschaftsentwicklung ein komplexes Bild. Neben der Verunsicherung der Unternehmen und der außenwirtschaftlichen Eintrübung belasten auch immer mehr strukturelle Herausforderungen die Konjunktur: Digitalisierung, Mobilität der Zukunft und Klimapolitik.

Angesichts der besorgniserregenden konjunkturellen Entwicklung sollte die Bundesregierung deshalb dringend agieren. Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen. Wir vermissen etwa eine Initiative zur Wiederbelebung der WTO. Zumal wir wie kein anderes Land der Welt Mittelständler haben, die international aktiv sind.

Unser Land muss ins Handeln kommen. Ich darf daran erinnern, dass die letzte Unternehmenssteuerreform mehr als 10 Jahre zurückliegt. Es gibt zum Beispiel etliche steuerliche Maßnahmen, die einen ersten Schub für die Unternehmen bringen könnten. Kurzfristig gehört dazu die Rückkehr zur degressiven Abschreibung, eine Anhebung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und die Vereinfachung der Thesaurierungsrücklage für Personenunternehmen.

Angesichts der strukturellen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft müssen wir intensiv an nachhaltigen Verbesserungen unseres Standortes arbeiten. Hier müssen Prioritäten gesetzt werden. Handeln statt Abwarten. Spielräume in den öffentlichen Haushalten sind vorhanden. Ein wichtiges Signal wäre ein international wettbewerbsfähiger Unternehmenssteuersatz von 25 Prozent. Mehr als überfällig ist die Abschaffung des Solidaritätszuschlages für alle Unternehmen und die rasche Einführung einer bürokratiearmen steuerlichen Forschungsförderung.

Deutschland muss mehr investieren in kluge Köpfe und in eine moderne Infrastruktur. Ärmelhochkriechen und Handeln ist auch hier das Gebot der Stunde. Schließlich ist Digitalisierung eine große Chance für weniger Bürokratie, effizientere Betriebsabläufe und mehr Tempo in Deutschland. Man stelle sich vor, im nächsten Jahr würde die Eröffnung des BER verkündet, der Breitband Ausbau in Deutschland abgeschlossen und der EU-Energiebinnenmarkt vollendet. Alles Themen bei denen Deutschland und Europa selbst unmittelbar agieren können und nicht auf die Verständigung mit Dritten angewiesen sind.

Damit das jetzt beschlossene Klimaschutzprogramm die Konjunktur nicht noch zusätzlich bremst, müssen die Unternehmen von den zusätzlichen Kosten aus der CO₂-Bepreisung entlastet werden. Das gilt insbesondere für den Strompreis. Daher muss die Koalition bei der EEG-Entlastung noch deutlich nachlegen. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen bzw. energieintensiv sind, sollten zusätzlich entlastet werden. Das brächte Spielraum für Investitionen. Nimmt sich die Politik dieser Frage nicht intensiver an, verliert Deutschland als Investitionsstandort an Attraktivität. Zugleich laufen wir Gefahr, dass Emissionen sukzessive ins Ausland verlagert werden, ohne dass insgesamt CO₂ eingespart wird.

Prognose des DIHK

